66. Jahrgang. № 434 Montag, 25. September 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker: Lobeck's Dreixing-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich ℳ 105,—. Einzelnummer ℳ 6,—, Sonntagsausgabe ℳ 8,—. | Anzeigen-Preise. Die 1spalt. 32 mm breite Zeile ℳ 20,—, außerh. Sachsens ℳ 25,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. An- u. Verkäufe 25% Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Bücher • Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Ernst Lange
Koffer u. Taschenfabrik
König Johann-Str. Pirnaischer Platz

Kakao
Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Das Ergebnis der Pariser Orientkonferenz.

Einladung der Türkei in gemeinschaftlicher Note zur Friedenskonferenz.

Paris, 23. Sept. Nach einer Havas-Meldung hat **die Orientkonferenz ihre Arbeiten beendet. Sie hat die Fassung einer gemeinschaftlichen Note endgültig festgesetzt, die sofort an die Türkei abgehen wird, um sie zu einer Friedenskonferenz einzuladen. Die Einladung an die Türkei erkennt die Mariţagrenze mit Einschluß Adrianopels an, außerdem die türkische Souveränität über die Meerengen unter Kontrolle ihrer Neutralität unter der Bedingung, daß die kemalistischen Armeen die neutrale Zone nicht überschreiten.**

Der Wortlaut der Note.

Ueberaus konziliianter Ton der Note.

Paris, 24. Sept. Wie Havas mitteilt, lautet der Text der Einladung an die Regierung von Angora, über den sich Curzon, Sforza und Poincaré geeinigt haben, folgendermaßen:

Die drei alliierten Regierungen bitten die Regierung von Angora, sie gefälligst wissen zu lassen, ob sie geneigt wäre, unverzüglich einen bevollmächtigten Vertreter zu einer Zusammenkunft zu entsenden, die in Venedig oder anderswo stattfinden würde, und zu der mit den Vertretern der Türkei gleichzeitig die Bevollmächtigten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands eingeladen werden würden. Die Zusammenkunft würde stattfinden, sobald die notwendigen Anordnungen durch die interessierten Regierungen getroffen sein würden. Die Versammlung hätte das Ziel, über einen endgültigen Friedensvertrag zwischen der Türkei, Griechenland und den alliierten Mächten zu verhandeln und ihn abzuschließen. Die alliierten Regierungen ergreifen diese Gelegenheit, um zu erklären, daß sie dem Wunsche der Türkei, Thrazien bis zur Mariţa und Adrianopel wiederzuerhalten, günstig gegenüberstehen. Unter der Bedingung, daß die Regierung von Angora während der Friedensbesprechung nicht ihre Armee in die Gebiete sendet, deren vorläufige Neutralität die alliierten Regierungen proklamiert haben, werden die drei Regierungen auf der Konferenz gern die Zuteilung dieser Grenzen an die Türkei unterstützen, wobei übrigens vorausgesetzt wird, daß gemeinschaftlich in dem Vertrage Maßnahmen ergriffen werden zur Wahrung der Interessen der Türkei und ihrer Nachbarn, zur Entmilitarisierung gewisser noch zu bestimmender Zonen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens, um eine friedliche und regelmäßige Wiederherstellung der Autorität durchzusetzen, und um schließlich unter den Auspizien des Völkerbundes in wirksamer Weise die Freiheit der Dardanellen, des Marmarameeres und des Bosporus, sowie den Schutz der Russen- und religiösen Minderheiten sicherzustellen.

Die drei Regierungen werden übrigens gern die Zulassung der Türkei zum Völkerbunde unterstützen. Sie sind sich einig darüber, die schon im März dieses Jahres gegebene Zusicherung zu erneuern, daß die alliierten Truppen aus Konstantinopel zurückgezogen werden, sobald der Friedensvertrag in Kraft tritt. Die drei alliierten Regierungen werden ihren Einfluß aufwenden, um vor der Eröffnung der Friedenskonferenz den Rückzug der griechischen Streitkräfte auf eine Linie durchzusetzen, die durch die alliierten Generale im Einverständnis mit den griechischen und den türkischen Militärbehörden festgesetzt werden wird. Als Vergeltung für diese Intervention wird die Regierung von Angora sich verpflichten, weder vor noch während der Friedenskonferenz Truppen in die Zonen zu senden, die vorläufig für neutral erklärt worden sind, und weder die Dardanellen noch das Marmarameer zu überschreiten. Um die Linie, von der oben die Rede ist, zu bestimmen, könnte sofort eine Zusammenkunft zwischen Mustafa Kemal und den alliierten Generalen in Mudania oder Ismid stattfinden.

Die alliierten Regierungen haben die Ueberzeugung, daß ihr Appell gehört werden wird, und daß sie mit der Türkei wie mit ihren Alliierten an der Wiederherstellung eines Friedens werden zusammenarbeiten können, nach dem sich die ganze zivilisierte Menschheit sehnt. (W. T. B.)

Curzon, Sforza und Poincaré über die Lösung.

Paris, 24. Sept. Ueber die Konferenz wird noch berichtet, daß die Beratungen zunächst bis ¾8 Uhr dauerten. Darauf nahmen die Minister den Tee, während ihre Mitarbeiter die endgültige Fassung der für die Türkei bestimmten Note fertigstellten. Gegen ½9 Uhr war die Konferenz zu Ende und die den Quai d'Orsay verlassenden Staatsmänner wurden sofort von Journalisten umringt, denen sie kurze Erklärungen über die Lage abgaben. So sagte Lord Curzon: Sie haben geglaubt, daß es getrennte Noten geben würde; o nein, es gibt nur eine, und zwar eine gemeinschaftliche aller Alliierten. Graf Sforza erklärte: Wir haben die beste Lösung gefunden. Sie ist klug und wird, hoffe ich, wirksam sein. Es ist eine große Freude für mich, daß sich Frankreich und England in diesem wichtigen Punkte geeinigt haben. Poincaré, der vielfach beglückwünscht wurde, erklärte: Die Rede ist nicht von einem Erfolg Frankreichs; es ist, hoffe ich, ein Erfolg für den Frieden. (W. T. B.)

Curzons Rückreise — Poincaré erholt sich.

Paris, 24. Sept. Wie Havas meldet, ist Lord Curzon heute nach London zurückgereist. Poincaré begibt sich heute aufs Land und fährt am Mittwoch wieder nach Paris zurück.

Kemals Anerkennung der Freiheit der Meerengen.

London, 23. Sept. Nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Konstantinopel gab Kemal-Pascha dem General Dunespiel folgende Erklärung ab: „Ich bin bereit, die Freiheit der Meerengen anzuerkennen, vorausgesetzt, daß eine passende Formel dafür gefunden werden kann. Ich habe nach einer solchen Formel gesucht, muß aber gestehen, daß ich bis jetzt keine gefunden habe; jedoch wird es sicherlich ein Mittel geben, um die Schwierigkeiten zu überwinden." Der Gedanke, die Kontrolle der Meerengen einer internationalen Kommission oder dem Völkerbund anzuvertrauen, der auch von Kemal-Pascha günstig aufgenommen worden zu sein scheint, wird von der englischen öffentlichen Meinung als eine Anregung betrachtet, die ernstlich in Erwägung gezogen zu werden verdient.

Türkische Kavallerie in der neutralen Zone.

Konstantinopel, 24. Sept. (Reuter.) Kemalistische Kavallerie ist gestern in der Nähe von Tschanak in die neutrale Zone eingedrungen. Ein britischer General ist heute früh mit türkischen Parlamentären zu Besprechungen zusammengekommen. Man hofft, die Türken auf freundschaftlichem Wege zum Rückzug zu veranlassen. (W. T. B.)

Bombardement von Chios und Mytilene durch die Türken.

Paris, 24. Sept. Nach einer Meldung des „New York Herald" aus Konstantinopel sollen kemalistische Flugzeuge die Inseln Mytilene und Chios bombardieren. Wie das gleiche Blatt meldet, ziehen die Engländer ihre Truppen aus Konstantinopel zurück, um mit ihnen ihre Stellung bei Tschanak zu verstärken. (W. T. B.)

Der Vollzug der sozialistischen Einigung in Nürnberg.

Müller, Crispien, Wels Parteivorsitzende.

Nürnberg, 24. Sept. Der Riesensaal des Herkules-Velodroms, in dem die aus Augsburg und Gera zusammengekommenen Delegierten der beiden sozialistischen Parteien die auf den Sonderparteitagen schon beschlossene Einigung der Sozialdemokratie besiegeln wollen, war schon lange vor Beginn der Sitzung von Arbeitern umdrängt, die sich einen Platz sichern wollten. **Auf Vorschlag des Alterspräsidenten Pfannkuch wurden Wels, bisher S. P. D., und Dittmann, bisher U. S. P., einstimmig zu Parteitagsvorsitzenden gewählt.** Als Referenten des Parteitages wurden Hermann Müller und Artur Crispien bestimmt. Hermann Müller, der bisherige Vorsitzende der S. P. D., bejahte die Frage, ob die Einigung von Dauer sein werde. **Crispien**, der bisherige Parteivorsitzende der Unabhängigen, betonte besonders die Bedeutung der Einigung der deutschen Sozialdemokratie für die Einigung der Sozialdemokraten aller Länder. **Die geeinigte internationale Sozialdemokratie werde in allen Ländern eine Macht darstellen, die letzten Endes auch die vom kapitalistischen Imperialismus diktierten Friedensverträge beseitigen und die Völker zusammenführen werde zu einem wahren Völkerbunde und zu einem wahren Völkerfrieden.** (Beifall.)

Wels brachte hierauf das von den beiden Parteien vereinbarte Aktionsprogramm für die vereinigte Partei zur Abstimmung, **welche die einstimmige Annahme ergab**, und teilte mit, daß Karl Kautsky zum Vorsitzenden der Kommission zur Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms bestimmt worden ist. Einstimmig wurden auch die von den beiden Parteien getroffenen organisatorischen Vereinbarungen angenommen. Ebenso fanden die Vorschläge für die Besetzung des Parteivorstandes und der übrigen Parteiinstanzen die Billigung des Parteitages. **Zu Parteivorsitzenden wurden einstimmig gewählt Hermann Müller, Crispien und Wels.**

Wels begrüßte dann die vielen aus den europäischen Ländern und aus Amerika erschienenen Vertreter der sozialistischen Parteien. In ihrem Namen sprach, lebhaft begrüßt, Ammon-England. Er feierte die Einigung der deutschen Sozialdemokratie als einen Erfolg für den internationalen Sozialismus. **Bei seinem Aufenthalt im besetzten Rheinlande habe sich seine Ueberzeugung verstärkt, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht werden müsse.**

Compère-Morel, der gleichfalls die Einigung mit großer Freude begrüßte, führte aus, der schreckliche Krieg sei von den Kapitalisten der ganzen Welt entfesselt worden. Leider erleichtere die Spaltung der französischen Arbeiterschaft den französischen Militaristen ihr Handwerk. Die Arbeiterschaft aller Länder sollte dem Beispiele der deutschen Sozialdemokratie folgen und sich vereinigen, um mit ihrer Kraft die trügerischen Gelüste von Kronenträgern oder von kapitalistischen Republiken nach dem Muster Frankreichs ein Ende zu machen.

Wels dankte den ausländischen Vertretern und versicherte, die deutsche Republik sei nicht in Gefahr, denn die geeinigte Sozialdemokratie stütze die Republik mit ihrer ganzen Kraft. Wels verlas dann ein Manifest der neu zusammengeschlossenen Partei. In seinem Schlußwort wies Wels nochmals auf die historische Bedeutung des Einigungsbeschlusses von Nürnberg hin. Wels erinnerte dann an den Orient-Krieg und an die Gefahr, die sich daraus für den Weltfrieden ergebe. **Nur Toren könnten aus einem englisch-französischen Konflikt Vorteile für Deutschland erwarten. In dem furchtbaren Winter, der uns bevorstehe, warne die Sozialdemokratie die Arbeiter davor, sich von kommunistischen Führern zu unüberlegten Schritten hinreißen zu lassen.** Nachmittags veranstalteten die Nürnberger Sozialisten Massendemonstrationen, bei denen auch ausländische Führer sprachen. (W. T. B.)

Frankreichs Neutralisierungspläne im Rheinland.

Propaganda für eine Volksabstimmung.

Berlin, 23. Sept. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind der deutschen Regierung neue französische Pläne bekannt geworden, die auf eine Neutralisierung der Rheinlande hinarbeiten und die Anerkennung Poincarés gefunden haben. Von französischer Seite wird namentlich auf die Trennung des Staatshaushalts der Rheinlande von Preußen hingearbeitet, auf die Einführung einer eigenen Währung und auf die Entfernung aller preußischen Beamten aus dem Rheinlande. Außerdem soll eine Propaganda entfaltet werden zur Volksabstimmung im Rheinlande und eine Entscheidung des Volkes darüber, ob es weiter Preußen angehören oder ein neutrales Rheinland werden möchte. Die Regierung wird sofort die nötigen Gegenmaßnahmen erwägen, um die beabsichtigte Propaganda zu verhindern und die nötigen Schritte ergreifen, um die französischen Pläne zu zerstören.

Lieferungsabkommen für Nordfrankreich.

Berlin, 23. Sept. Der Verband Sozialer Baubetriebe teilt mit: Die auf den 22. Sept. in Köln vereinbarte Zusammenkunft der Vertreter des Aktionskomitees der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, vertreten durch den Bürgermeister von Reims Herrn Roche, den Beigeordneten von St. Quentin Herrn Grisel und ihre Mitglieder Grumbach und Cordiert, und der Vertreter des Verbandes Sozialer Baubetriebe, vertreten durch sein Aufsichtsratsmitglied Silberschmidt und seinen Geschäftsführer Dr.-Ing. Wagner, hatte den Zweck, zwischen den beiden Organisationen ein Leistungs- und Lieferungsabkommen zu vereinbaren, das die in der Oeffentlichkeit beider Länder kritisierten Schwächen des Abkommens Stinnes-Lubersac beseitigt und unter Ausschaltung privaten Gewinnstrebens sich in erster Linie auf die Interessen der Geschädigten Nordfrankreichs und der Interessen des Deutschen Reiches einstellt. **Die Vertreter beider Länder haben sich über den materiellen Inhalt des abzuschließenden Vertrages grundsätzlich geeinigt und vereinbart, Anfang Oktober in Berlin erneut zusammenzukommen, um den Vertrag zum Abschluß zu bringen.**

Aktive Beteiligung der Ziegelindustrie am Stinnes-Abkommen.

Berlin, 24. Sept. Der Reichsverband der deutschen Mauerstein-, Ziegel- und Tonindustrie, welchem alle Landes- und Provinzialverbände der deutschen Ziegelindustrie ausnahmslos angeschlossen sind, hat am 21. September zu dem Stinnes-Abkommen Stellung genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, sich an den Lieferungen für den Wiederaufbau in Frankreich zu beteiligen.

Abermalige Erhöhung der Postgebühren und der Eisenbahnfahrpreise.

Nachdem das Reichskabinett kürzlich die Erhöhung der Beamtengehälter bewilligt hat, steht das Reichspostministerium abermals vor der Notwendigkeit, nach einem Ausweg zu suchen, um sein Defizit zu decken. Bei der Festsetzung der Gebührenerhöhung, die am 1. Oktober in Kraft tritt, hatte man die jeweils gültigen Gehaltssätze der Beamten in Betracht gezogen. **Durch diese neue Erhöhung der Beamtengehälter ist aber die ganze Etatsberechnung des Reichspostministeriums hinfällig geworden, so daß man sich wohl oder übel dazu entschließen muß, eine abermalige Erhöhung der Postgebühren eintreten zu lassen.** Daß eine derartige Erhöhung aber schon zum 1. Oktober zugleich mit der jetzt beschlossenen Frage kommt, gilt, der „Dena" zufolge, als ausgeschlossen. Mit aller Wahrscheinlichkeit ist aber mit dieser bedingten Erhöhung sämtlicher Postgebühren zum 1. November zu rechnen.

In ähnlicher Lage wie das Reichspostministerium befindet sich auch das Reichsverkehrsministerium. Auch seine Errechnung der Fahrpreiserhöhungen beruhte auf den damals gültigen Besoldungssätzen der Beamtenschaft. **Eine nochmalige Steigerung aller Fahrpreise wird darum bei der Reichseisenbahn unumgänglich sein.**

SLUB
Wir führen Wissen.